

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mt. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pf.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Arbeit.

Wir Menschen sind zu keinem besaglichen, traumhaften Lebensgenusse geschaffen. Die Erde ist kein Paradies, das in stets üppiger Fruchtfülle prangt, das unsern Lebensbedürfnissen durch ein ständiges Gehen zuvorkommt. Die Zeugungsfähigkeit der Mutter Erde will geweckt werden durch eine Arbeit, die den Schweiß auf die Stirne treibt, die Schätze der Erde warten der Hebung durch fleißige Menschenhände.

Dieser abwartenden Ruhe der Natur kommen wir entgegen durch inneres Streben nach Tätigkeit, durch den Drang, mit unserer Lebenskraft dem starren Stoffe der Natur die verborgensten Kräfte abzurufen. Diese Wechselbeziehung zwischen erdhafter Ruhe und der Leben auslösenden Kraft des Menschen ist ein Arbeitsgesetz, dem kein Geschöpf sich ungestraft widersetzt.

Doch erleben wir in uns ein Widerstreben gegen das Gesetz der Arbeit durch die natürliche Trägheit, die jedem Menschen, insoweit er Körper ist, eigen ist. Damit die Lebenskraft frei werde, muß der Stoff überwunden werden. Der Geist ist es, der lebendig macht, das Fleisch nützt nichts. Durch die Unterwerfung des Stoffes, durch die Bestimmung der Trägheit wird erst die Arbeitskraft erzeugt, die belebend hebelnd und umgestaltend auf das Arbeitsobjekt wirkt, sei es Stoff aus Erde, Holz, Metall, oder sei es geistige Materie.

„Leben ist Selbstbestimmung von innen heraus,“ sagt Schell, und leben bedeutet nichts anderes als arbeiten, tätig sein. Für uns Christen ist die Arbeit nicht Zwang, der durch das Nachwort eines Gebieters oder den Selbsterhaltungstrieb erzeugt wird, sondern Pflicht und sittliche Lebensaufgabe.

So bestimmen wir als freie Menschen von innen heraus die Bewegung unseres trägen Körpers und damit die Umgestaltung des Stoffes, der unsern Händen anvertraut ist. Diese freiwillige Tätigkeit lohnt sich durch gesteigerten Arbeits- und Lebensgenuss. Dann zieht die Arbeit unsern Geist nicht herab zum Stoffe, sondern sie hebt den Stoff in die Sphäre des Geistes. Als denkende Menschen können wir jede Arbeit unserer Hände in Verbindung bringen mit dem Geistigen in uns und andern, dadurch gelangen wir zur Durchdringung unseres Körperlichen mit der Seele, der Himmelsgeborenen, zur Vergeistigung, damit kommen wir zugleich dem Ziele unseres Lebens näher. Vergeistigte Arbeitergesichter verraten mit Sicherheit, daß ihre Träger das Geheimnis der Arbeit, das Beleben der toten Materie erfaßt haben.

Die Reichsversicherungsordnung.

Die lang geplante, viel erörterte und für die deutsche Arbeiterbevölkerung bedeutungsvolle Reform und Ausgestaltung der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung ist ihrer Verwirklichung entgegen. Vor einigen Tagen ist der Entwurf zu diesem großen Reformwerk der Öffentlichkeit übergeben worden. Wir werden noch öfter auf diese wichtige Frage zu sprechen kommen. Vorläufig geben wir zur Orientierung unserer Leser einen Artikel des bekannten Sozialpolitikers Prof. Dr. E. Franke wieder, ohne uns jedoch auf Einzelheiten festzulegen oder mit allem zu identifizieren. Der genannte Sozialpolitiker beurteilt den vorliegenden Gesetzentwurf in einem Leitartikel der „Sozialen Praxis“ (Nr. 28) folgendermaßen:

Der am 2. April, just vor dem Beginn der Osterferien des Reichstags, dem Bundesrat und zugleich in sehr dankenswerter Weise der Öffentlichkeit vorgelegte Entwurf der Reichsversicherungsordnung ist das vorläufige Endergebnis langer und eifriger Bemühungen, die bis in die Mitte der 1890er Jahre zurückzuführen. Damals schon fand im Reichsamt des Innern jene berühmte gewordene Konferenz statt, die mehrere Pläne einer völligen Verschmelzung der drei großen Versicherungszweige erörterte. Aber je wei-

ter die Erörterungen fortschritten, je näher man an die Verwirklichung des Problems herantrat, desto mehr wurden die Erwartungen herabgestimmt. Längst weis man, daß von einer Verschmelzung der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung zu einem einheitlichen Organismus umfassender Fürsorge nicht mehr die Rede ist. Wir lassen dahingestellt, ob eine solche Reform überhaupt nicht mehr möglich war; die Begründung zum Entwurf führt eine Reihe von Gründen gegen eine Zusammenlegung an, die sich hören lassen: die historische Entwicklung, die Abneigung der Versicherungsträger gegen eine Verschmelzung, ihre Selbständigkeit als Rechtssubjekte mit großen Vermögensbeständen, das Fehlen einer einwandfreien einheitlichen Organisationsform. Jedenfalls müssen wir uns, als Realpolitiker, für den Augenblick an die Tatsachen halten, die der Entwurf uns bietet, freilich in der resignierenden Erkenntnis, daß die Verwirklichung der jetzigen Vorschläge den Gedanken einer organischen Verschmelzung und völligen Zusammenlegung wohl für immer begraben wird.

Das wird man bedauern können, ohne ungerecht gegen das große und mühsame Werk zu sein, das nicht nur Unvollkommenheiten und Mängel ausmerzt, und der Entwicklung des sozialen Lebens zu folgen sucht, sondern auch sehr wichtige Gebiete sich ganz neu angliedert: „Reform und Ausbau müssen Hand in Hand gehen. Sie bedingen sich gegenseitig und wirbeln, losgelöst von einander, wiederum nur Stückwerk bringen können“ (Begründung S. 2). Ob und wie weit es gelungen ist, diesen Voratz auszuführen, wird Gegenstand lebhafter Erörterungen, vielleicht sogar heifer Kämpfe werden. Auch in diesen Blättern, die wir hiermit dem freien Meinungsaustausch zur Verfügung stellen. Heute müssen wir uns, angesichts des ungeheuren Stoffes — der Gesetzentwurf zählt 1923 Paragraphen auf 286 Folienseiten, die Begründung 135 Seiten desselben Formats — darauf beschränken, die großen Grundzüge mit vorwiegender Betonung der Neuerungen zu skizzieren. Erleichtert wird die Durchsicht der Vorlage durch die klare Anordnung, die seltliche Darstellung, das vortreffliche Deutsch, die knappe Fassung. Eigenschaften, die der Verständlichkeit der ausgedehnten und schwierigen Materie zugute kommen. Wer in dem Entwurf das „Produkt bürokratischer Schwerfälligkeit“ erblickt, hat keine Ahnung von dem bisherigen Zustande unserer in 7 verschiedene Gesetze zersplitterten Versicherung und von der Größe der Aufgabe, die es hier zu lösen galt. Der Form nach verdient die Arbeit des Reichsamts des Innern volle Anerkennung.

Die Reichsversicherungsordnung — der neue Name ist gewählt mit Rücksicht auf den weiten Kreis der Versicherten, auf die Initiative des Reichs und die allseitige Regelung der Verhältnisse — zerfällt in sechs Bücher.

Die gemeinsamen Vorschriften

stehen voran. Sie beginnen mit dem Satz: „Die Reichsversicherung umfaßt die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung“. Träger dieser drei sind die Krankenkassen, die Berufsgenossenschaften, die Versicherungsanstalten. Bei Durchführung der Reichsversicherung wirken als besondere Behörden mit die Versicherungsämter, die Oberversicherungsämter, das Reichsversicherungsamt. Das zweite Buch umfaßt die Krankenversicherung. Hier sind die größten, einschneidendsten Veränderungen vorgenommen. Die Unfallversicherung im dritten Buch erfährt nur verhältnismäßig wenige Neuerungen; auch ist die Einteilung in Gewerbe- (unter Zurechnung der Bau-Unfallversicherung), in landwirtschaftliche und See-Unfallversicherung beibehalten. Umso wichtiger ist dann im vierten Buch die Ausgestaltung der Invaliden- und Altersversicherung durch Einfügung der Hinterbliebenenversicherung; hier ist eine völlige Verschmelzung vollzogen worden. Die beiden letzten Bücher behandeln die Beziehungen der Versicherungsträger untereinander und das Verfahren.

Für den Zeitpunkt der Reform ist, abgesehen von ihrer vielfach anerkannten allgemeinen Dringlichkeit, maßgebend der § 15 des Vollstreckungsgesetzes, der

die Einführung der Witwen- und Waisenversicherung bis zum 1. Januar 1910, freilich nur in bedingter Form, vorschreibt. Danach müßte trotz der schweren Ungunst der Zeit, die gewaltige Anforderungen an die Steuerzahler stellt, spätestens jetzt vorgegangen werden. Andererseits mahnten aber die gegenwärtigen Verhältnisse zur Beschränkung.

Abgesehen von der Hinterbliebenenfürsorge weist der Entwurf der Versicherung keine neuen unbedachten Ziele; sie beschränkt sich vielmehr auf den Ausbau des Bestehenden, unter Verzicht auf manche weitergehenden Wünsche. Grundlegend für die Gestaltung der Reform war, da eine Verschmelzung nicht angängig erschien, eine gegenseitige Annäherung der Versicherungszweige unter Wahrung ihrer Selbständigkeit durch Schaffung eines gemeinsamen Bindeglieds in der unteren örtlichen Instanz, die ebensowohl den Interessen der Versicherten wie der Arbeitgeber und der Verwaltung entspricht. Die Ausführungen in der Begründung zu diesem Punkte wirken unermesslich erachtens völlig überzeugend. Zugleich wird durch dieses gemeinsame Bindeglied für die Angelegenheiten der gesamten Versicherung auch ein einheitlicher, übersichtlicher Instanzenzug geschaffen und im Zusammenhang damit auch die bedeutsame Frage der Rentenfestsetzung geregelt. Diese gemeinsame untere örtliche Instanz ist das

Versicherungsamt;

es soll den Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde umfassen, so daß etwa 800 solche Stellen im ganzen Reich zu errichten sein werden. Das Versicherungsamt erhält zugewiesen die Obliegenheiten einer Spruchbehörde erster Instanz für die Rechtsstreitigkeiten der Krankenversicherung, gewisse Verwaltungsbefugnisse und die Vorbereitung für die Rentenfestsetzung. Hierzu sagt die Begründung u. a.:

„Das Versicherungsamt, das den Verhältnissen des Einzelfalles am nächsten steht, muß den ersten Angriff zur Sache haben. Es sammelt als völlig unbeteiligte, aber sachkundige Stelle das ganze erforderliche Material, gibt dem Versicherten Gelegenheit zum Vorbringen seiner Wünsche und Beweismittel, verhandelt mit ihm unter Zuziehung von Arbeitgebern und Versicherten in paritätischer Besetzung und gibt dann die gesamten Vorgänge mit einem eigenen begründeten Vorschlage an den Versicherungsträger ab. Dieser entscheidet selbständig, muß aber dem Versicherten in geeigneter Form die Stellungnahme des Versicherungsamts und, sofern von besserer Vorlage abgewichen wurde, die Gründe hierfür mitteilen, damit der Versicherte sein eigenes weiteres Verhalten danach einrichten kann. Ein solches Zusammenwirken des behördlichen und des körperschaftlichen Organs blüht dafür, daß die Entscheidung sachlich und sachgemäß getroffen wird.“

Vermutlich wird diese Bestimmung sowohl bei den Berufsgenossenschaften wie bei vielen Versicherten auf Widerspruch stoßen, da sie die Arbeitgeber in der subalternen Festsetzung der Rente beschränkt, den Arbeitern aber nur eine indirekte Mitwirkung bei diesem Amte einräumt. Immerhin halten wir diesen Mittelweg für gangbar und eine wesentliche Verbesserung des jetzigen Zustandes. Denn dem Versicherungsamt — ebenso wie in den höheren Instanzen — gehören unter Vorsitz des staatlichen Amtmanns je 10 Arbeitgeber und Versicherte als Beisitzer an, die von den Vorständen der Krankenkassen gewählt werden. „Die Wählbarkeit der Frauen, die bisher nur für die Versicherungsträger der Krankenversicherung zugelassen war, ist entsprechend dem starken Vordringen der weiblichen Erwerbstätigkeit und mit Rücksicht auf die Hinterbliebenenversicherung auf alle Versicherungsträger erweitert worden“ — also auch auf die Berufsgenossenschaften und die Versicherungsanstalten. Ausgeschlossen aber bleibt leider die Frau trotzdem vom Versicherungsamt, das nur männlichen Beisitzern offensteht, weil an dem alten Grundsatz festgehalten wird, daß die Ausübung der staatlichen Hoheitsrechte der Rechtsprechung und Verwaltung, die dem Versicherungsamt zugewiesen werden, den Frauen abgeprochen wird. Auch in dies Referat der Männer wird die Entwicklung mit der Zeit Breche legen.

Über dem Versicherungsamt steht das Oberversicherungsamt, das an die Stelle des bisherigen Schiedsgerichts

nigend bewiesen werden kann, in der unerschrockensten Weise...

Dah wir uns allerdings nicht ruhig das Fell über die Ohren ziehen lassen, ist selbstverständlich...

Am Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 3 Uhr, fand in Hofberg bei Weuthen (Oberschl.) im Saale des Etablissements „Städtische Aue“ eine Versammlung der Bergarbeiter statt...

Wäre es Mujiol nur um die Voraufstellung des polnischen Vortrages zu tun gewesen, er hätte sich mit der Erklärung des Gewerkschaftssekretärs Schümmer zufrieden gegeben...

Am heftigsten benahm sich allerdings Herr Arbeitersekretär Mujiol selbst. Wie so ein Halbwiller kam er auf Schümmer zu mit den Worten: „Sie sind ja gar kein Bergarbeiter.“

Währenddem das Vorhergesagte sich abspielte, sagte der christliche Gewerkschaftssekretär Mathea-Königshütte in bezug auf die noch immer die Versammlung Störenden zu einer Anzahl Bergleute, die sitzen geblieben waren: „Mögen sie doch gehen, die cierypny“ (zu deutsch „Dulder“).

Dieses dauerte mindestens fünf Minuten. Erst als Gewerkschaftssekretär Schümmer drohte, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen, und mit dem Aufwande seiner ganzen Stimmittel auf die Folgen aufmerksam machte...

Nachdem Mujiol und ein Teil seiner Anhänger den Saal verlassen, herrschte vollkommene Ruhe. Das selbstgewählte Wort Mujioles, wenn zuerst deutsch gesprochen wird, werden alle Anwesenden den Saal verlassen, bewahrheitete sich nicht.

Wir fragen nun angesichts dieser Vorkommnisse: Wer ist schuld, daß sich katholische Arbeiter, ja selbst katholische Männer benehmen, die gar nichts anderes beabsichtigen haben, als daß sie im Dienste der christlichen Gewerkschaften stehen...

stände, Arbeitgeber, Bandwirte, Kunst- und Gewerbebetriebe usw. seit Jahren getan, die sich einer Bewegung opfern, die von den höchsten kirchlichen Autoritäten als notwendig bezeichnet worden, einer Bewegung, der gerade das stittliche Gedeihen im Arbeiterstande so viel zu danken hat?

Die Schuldigen sind nicht schwer zu finden. Nicht die Arbeiter, nein, diejenigen sind die Schuldigen, die seit Jahren die Arbeiter gegen die christlichen Gewerkschaften aufgebracht haben, die seit Jahren den Arbeitern vorgeredet, die christlichen Gewerkschaften wollten die katholischen Arbeitervereine verdrängen.

Es ist ja mit uns der billigen und willigen Werkzeuge, deren sich die Gründer der Fachabteilungsbewegung bedienen, um die selbständige Gewerkschaftsbewegung zu vernichten. Daß diese Leute, wie Mujiol, Knappitz usw. aus der Erkenntnis der ökonomischen und weltanschaulichen Beweggründe zu solch grimmigen Feinden der Gewerkschaften geworden sind, muß ohne weiteres bestritten werden.

Was Herr Mujiol sich allerdings in der Versammlung in Hofberg erlaubt hat, kann jedoch unter keinen Umständen entschuldigt werden, denn das war einfach ordinär, flegelhaft.

Den Arbeitern wollen wir das verzeihen. Diese glauben schließlich in ihrer Unkenntnis der Dinge durch ihr Betragen der guten Sache einen Dienst erwiesen zu haben.

Wäre es hier nicht eine Tat wahrhafter Menschenliebe, diese Arbeiter einmal zu einer kulturellen Höhe einporzuheben und zwar so, daß sie auch den Gegnern ihre Meinung zu respektieren haben. Jede Berührung führt zur Verwöhnung, und diese kann allen und jeder Sache zur Gefahr werden. In Oberschlesien haben die christlichen Gewerkschaften noch wirklich wahre Kulturarbeiter zu leisten. Sie werden sie auch leisten. Unser Wunsch ist es, über derartige Vorgänge nicht mehr berichten zu müssen; zwingt man uns dennoch zur Stellungnahme, dann werden wir es mit allem nötigen Anstand und Respektierung alles Würdigen tun, aber auch mit alledem Kraft und mit der nötigen Energie.

Gewerkschaftliches Arbeiterlos.

Im „Reich“ Nr. 82 ist zu lesen: „Die „Erste deutsche Sibirien-, Kaffee- und Kaffee-Essenz-Fabrik in Braunschweig hat unlängst einen alten Arbeiter, der 36 Jahre in der Fabrik beschäftigt war, und jetzt wieder einen, der 44 1/2 Jahre, davon 41 1/2 Jahre ohne Unterbrechung dort arbeitete, entlassen.“

Zeugnis:

Der Arbeiter Karl Grebe ist in meinem Betriebe seit dem 1. September 1867 beschäftigt gewesen und verläßt mich am 17. dts. Mts. Ich gebe dem p. Grebe das Zeugnis, daß er stets die ihm übertragenen Arbeiten zu meiner Zufriedenheit ausgeführt hat, und daß seine Entlassung zum 17. dts. Mts. wegen des stattgefundenen Verkaufes meiner Fabrik erfolgt.

Ludwig Otto Bleibtreu, ppa. W. v. Franquet.

Wir können nicht entscheiden, ob der alte Betriebshaber oder der neue Besitzer, der den Betrieb fortführt, die Entlassung veranlaßt hat — die Entlassung nach so langer Arbeit im Alter und anscheinend ohne weitere Fürsorge widerspricht glücklicherweise dem Empfinden weitester Kreise, auch sehr vieler Arbeitgeber.

Ueber 40 Jahre lang hat der betreffende Arbeiter dem Unternehmer seine Arbeitskraft geopfert. Nun, da er verbraucht ist, hat der Mohr seine Schuldigkeit getan und kann gehen. Das ist die sogenannte „hüßere Existenz“ des Arbeiters, von der man häufig reden hört. Solche Vorkommnisse müssen aber den unorganisierten Arbeitern die unbedingte Notwendigkeit des Zusammenschlusses deutlicher zeigen wie alles andere, denn ohne Selbsthilfe sind die Arbeiter vollständig mehrlos und verlassen.

Schlüsse über Cohen.

Im Organ des Wiesenthal'schen Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes wird zur Zeit ein geschichtlicher Rückblick auf die Entstehung des genannten Sonderverbandes und dessen Kämpfe mit dem Stuttgarter Zentralverband zum besten gegeben.

geringerem Interesse für die Öffentlichkeit. Unter den in Nr. 14 des Wiesenthal'schen Blattes veröffentlichten Schriftstücken ist jedoch ein Brief des sozialdemokratischen Verbandsvorsitzenden Schlichte (Stuttg.) der ein erhöhtes Interesse verdient, da er einen interessanten Blick hinter die Kulissen der Berliner Metallarbeiterbewegung tun läßt. Der Brief Schlichte's bildet eine Antwort auf ein Schreiben des Verbandsmitglieds Wilh. Freythal (Berlin), der mit dem Vorstehen des ersten Bevollmächtigten Cohen gegen Wiesenthal und dessen Anhang nicht einverstanden war und lautet im letzten Teil wie folgt. (Die eingeklammerten Zwischenbemerkungen sind von der Redaktion des Wiesenthal-Organ's):

Was Du nun im übrigen über Cohen sagst, so will ich nicht bestreiten, daß Du in mancher Beziehung recht hast. Ich will nicht bestreiten, daß manche der schwierigen Situationen sich Cohen selbst schafft, aber eins möchte ich Dir zu bedenken geben, und das ist die Stellung, in der er sich befindet und bis dato befunden hat. Tatsache ist, daß Wiesenthal nicht traute und auch nicht trauen konnte, dem Cohen seiner schwachen Punkte würdige Wiesenthal bei der ersten besten Gelegenheit gegen ihn auszusprechen. Gerade, daß ihm diese Erfahrung ziemlich früh, nachdem er in das Amt des ersten Bevollmächtigten ausgerufen war, begognet ist, mag ihn den anderen gegenüber misstrauisch und verschlossen gemacht haben. Es ist ja auch nicht zu bestreiten, daß Cohen, solange er noch kein berarichtiges Amt bekleidete, an den früheren Ortsverwaltungen im Kritizieren sehr freigebig war. Es ist das eine Eigenschaft, die er sich auch heute noch nicht abgewöhnt hat, das heißt, den Handlungsan anderer gegenüber. Das sind persönliche Eigenschaften, wenn ich sagen soll, Schwächen (wie schon gesagt, D. Reb.), die nur beseitigt werden können, meiner Ansicht nach, durch den Umgang mit aufrichtigen, Selbstkritik übennden Menschen. In einem solchen Umfange fehlte es Cohen. Er sucht ihn vielleicht auch nicht. Das ist leider bedauerlich, aber, sage mir, wie zu ändern? Du machst Cohen den Vorwurf, daß er sich einer Untersuchung gegen sich entzieht. In seiner Erwiderung in der Generalversammlung, näher kenne ich die Sache nicht, bezieht sich Cohen darauf, daß er sich stellen wollte, daß aber seitens des Schriftführers der Hochlegation geschrieben und in diesem Schreiben von einer Beschwerde gegen Cohen gesprochen wurde, die Hochleger brieflich erwiderten, daß sie keine Beschwerde gegen Cohen hätten. Das ist doch ein Possenspiel (??? D. Reb.), das sich kein Mensch gefallen lassen kann. Bedauerlicherweise liegen die Verhältnisse in Berlin so, daß in jeder Beziehung befähigte Kollegen, die Diplomaten, Menschenkenner, Selbstkritiker und intelligente Kollegen sind, sich nicht für die Arbeiter in der Ortsverwaltung hergeben. Daß aber auch diese, wenn sie sich hergeben, den Sannen des Volkes nicht auf die Dauer Trost zu bieten vermögen.

Gehe doch die Reihe der ersten Bevollmächtigten durch, die wir gehabt haben. Warum sind sie gefallen? Warum hat jeder gehen müssen? Warum kämpft man jetzt schon seit Jahren gegen den ersten Bevollmächtigten, warum haben sich andere früher aufgerieben?

Das liegt an den ungesunden Verhältnissen, an die Erziehungsmethode, wie sie an den Mitgliedern gekübt wird nicht nur in dem Verband und im Gewerkschaftsleben, sondern, ich spreche es ganz unumwunden aus, auch im Parteileben. Jedem Menschen, und sei es der dümmste und unaufrichtigste auf der Welt, einzureden, bloß weil Du Menschenantlig trägt, kannst Du jeden anderen ersehen, bist befähigt, dieses oder jenes zu leisten. Versteht Du alles, das ist nicht das Mittel, um einsichtige und vernünftige Leute heranzubilden, das ist das Mittel, mit dem man Trübsal aufbläst.

So liegen nun einmal die Verhältnisse, und weder Deine noch meine Teriminaden werden uns darüber hinweghelfen. Auch mir ist schon manche Neuherung von Cohen sehr unangenehm gewesen, auch habe ich mir schon Mühe geben müssen, um dadurch entstehende Gegenstände wieder zusammenzuführen, aber ich weiß kein Mittel, um gerade dieser Eigenschaft bezuommen. Ich mache mir an, wenn ich im ständigen Verkehr mit ihm stände, etwas auf ihn abzufärben, aber ich weiß nicht, ob in Berlin ein Kollege vorhanden ist, der genügend Einblick auf ihn hat. Ich bin auch weit entfernt, dieses meinem persönlichen Verdienst zuzuschreiben, glaube vielmehr, daß das mit meiner Stellung im Verbands zusammenhängt. Uebrigens nebenbei bemerkt, sprach Cohen auch in Versammlungen, soweit ich ihn beobachtet konnte, nicht anders als wie ein großer Teil der Berliner Kollegen. Es mag vielleicht durch die Identifizierung etwas böserartiger klingen, im Grunde genommen ist es aber kaum anders gemeint, als wenn überhaupt ein Berliner anklagt. Was da geleistet werden kann, haben wir ja erst in jüngster Zeit bei einem anderen Anlasse zu beobachten genügend Gelegenheit gehabt. (Die Affäre mit den „Vornwärts“-Redakteuren, D. Reb.) Du wirst es mir vielleicht verargen, wenn ich auf die Einzelheiten, wie Du mir von Cohen geschildert hast, nicht eingehe, ich tue das nicht, weil ich Cohen darüber nicht gehört habe, bin allerdings von vornherein der Meinung daß er Deine Ausführungen anders aufgefaßt hat, als wie Du sie gemeint hast. Wer da die Schuld trifft, das zu entscheiden, ist für mich unmöglich. Ob Du oder Cohen einen sogenannten glücklichen oder unglücklichen Tag gehabt hast, als Ihre Euerer Ausführungen machte, dies zu entscheiden ist doch eine Sache, die ungefähr mit der des Urteils über den Gesichtsmaß auf eine Stufe zu stellen ist.

Besten Gruß

Alexander Sahlke.

Dieses Urteil Sahlke's über Cohen und die allgemeinen Zustände in Berlin spricht für sich selbst. Auch die weltverbessernden Genossen sind schwache, fehler-

Habe am hiesigen Platze eine so große Macht und solches Ansehen erlangen, daß der Arbeitgeberverband es nicht wagen werde, einen Schlag gegen denselben zu führen!

Erfreulicherweise rührt es sich aber auch immer mehr in den christlich-nationalen Arbeiterkreisen.

Am 15. März hielt der evang. Arbeiterverein im Saale zum oberen Engel eine allgemeine Versammlung ab, in der unser Kollege Paul Krug aus Stuttgart über „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung und ihre Stellung zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage“ sprach.

Die vom evang. Arbeiterverein einberufene Versammlung schloß sich mit den Ausführungen des Referenten zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage einverstanden und bittet die Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen, zu versuchen, mittels einer sozialen Kommission auf dem Boden der gegenseitigen Wertschätzung den derzeitigen Schwierigkeiten, besonders für die Familien der Arbeiter, Herr zu werden und den Gefahren, welche der künftigen Blüte der Porzellainer Industrie drohen, mit Erfolg zu begegnen.

Rönigshub. Das Bestehen einer Ortsgruppe unseres Verbandes in Rönigshub läßt unsere Gegner nicht zur Ruhe kommen.

In der nun folgenden Diskussion fragte der Kollege Pitlöf aus Kattowitz den Genossen Peukert, welche Stellung der Schmiedeverband zu den politischen Parteien, zu den Religionsgemeinschaften usw. einnimmt.

Genosse Peukert antwortete, daß der Schmiedeverband sich der Sozialdemokratie, dem Sozialismus und dem Sozialismus ablehnend und im unerhörten Maß abweisend gegenüberstellt.

Pierauf nahm Kollege Pitlöf noch einmal das Wort und beantwortete gründlich die an den Genossen Peukert gestellten Fragen.

Sehr kläglich fiel die Rechtfertigung des Kollegen Peukert aus. Er entschuldigte die Terrorisierung christlich organisierter Arbeiter mit der Begründung, daß mit der Schwächung der christlichen Gewerkschaften eine größere Einheit der Arbeiterschaft herbeigeführt wird.

Genosse Peukert sah, daß auch nicht die geringste Aussicht auf Erfolg vorhanden war und suchte sich mit Sach und Paß aus dem Saale zu entfernen.

Nach dieser Blamage wird wohl der Genosse Peukert nicht so bald wieder sein Hehl in Rönigshub versuchen.

Mülhausen i. G. (Von der Hausagitation.) Wer mit vielen Arbeitern zusammen kommt, der könnte ein Legikon füllen, wenn er die mannigfachen Einwendungen gegen die Arbeiterorganisationen zu hören bekommt.

Um die lauen Metallarbeiter aufzuklären und aufzuklären, haben sich eine Anzahl eifriger Kollegen die Aufgabe gestellt, die Indifferenzen in ihren Wohnungen aufzuheben.

„Ich hole mir sofort einen Schorpen Schnaps, aber ich will keine Silbe vom Verband hören.“ Ein anderer Arbeiter erklärte: „Gefreilt wird ja hier doch nicht, was soll ich da in den Verband gehen.“

Ein wegen Beitragsrückzahlung ausgetretener Arbeiter erklärte uns für verrückt, weil wir einen Wochenbeitrag von 60 Pf. erhoben.

„Hier wird doch nicht gestreikt!“ Mit dieser Nebenart suchen manche Arbeiter zu beweisen, daß die gewerkschaftliche Organisation für ihren Beschäftigungsort zwecklos sei.

„Hier wird doch nicht gestreikt!“ Mit dieser Nebenart suchen manche Arbeiter zu beweisen, daß die gewerkschaftliche Organisation für ihren Beschäftigungsort zwecklos sei.

Und so wollen auch wir uns durch die geringen Erfolge der Werbearbeit nicht beirren lassen, sondern mutig weiter arbeiten.

Genossen Peukert, erziehen wir sie zur Opferwilligkeit und lehren wir ihnen den Glauben an die eigene Kraft.

Mülhausen i. G. Die Oberrheinische Landeszeitung schreibt am 6. April unter der Überschrift: Reaktionäre Genossen.

Die Oberrheinische Landeszeitung schreibt am 6. April unter der Überschrift: Reaktionäre Genossen. Mit vollem Recht kann man diese Bezeichnung anwenden für die roten Brüder, die als Vorstandsmitglieder seitens der Arbeiter in die Betriebskrankenkasse der Glaseret (Eisenbahn-Maschinenbau-Gesellschaft) hier gewählt wurden.

Demnach wären die verheirateten Arbeiter auch noch berechtigt, einen Arzt zu holen für Geburts- hilfe.

„Ingelegenheit hintertrieben haben. Waschechte Genossen als Vorstandsmitglieder und Delegierte vertratren den vertehrtesten Standpunkt und erwiesen sich als total unfähig für solche Posten.“

Als Beweis lassen wir die „Müllh. Volkszeitung“ Nr. 64 das Wort; sie schreibt: „Manche Reformen ließen sich leicht durchführen, wenn sie nicht an dem Willen der prohenhaften Unternehmer scheitern würden.“

So schreibt die „Müllh. Volkszeitung“: „Nun, was taten die Genossen und freien (?) Gewerkschaftler, als es sich darum handelte, die Familienunterstützung einzuführen?“

Bohringen. Mit welchen reaktionären Stellungnahmen die vorwärts strebende Arbeiterschaft in Bohringen zu kämpfen hat, ergibt sich aus folgendem: Die christlichen Gewerkschaften Bohringsens richteten im Oktober 1908 eine Eingabe an das kaiserliche Ministerium in Straßburg, in der sie um Errichtung weiterer Gewerbegerichte für den Bohringerischen Industriebezirk ersuchten.

Für das zu errichtende Gewerbegericht in Diebenhofen, das die beiden Kreise Diebenhofen Ost und West umfassen sollte, kämen über 30 000 industrielle Arbeiter in Frage.

Die Arbeiter des Bohringer Industriegebietes sind an den unhaltbaren Zuständen aber zum Teil selbst schuld, weil sie gleichgültig, unorganisiert in den Tag hineinleben und ihre eigene Sache nicht zu vertreten verstehen.

Lauenthal. Der Frühling ist eingezogen in unsere Täler, auf unsere Höhen; er läßt die Rosen sprießen und die Wiesen grünen, er bringt uns die geliebten Sänger wieder, er bringt uns aber auch frischen Mut und neue Arbeitslust für das Interesse unserer Ortsgruppe.

Als die hiesige Ortsgruppe entstand, da waren wir mitten im Winter und beim Verrichten der Pionierarbeit für den Verband wurde unsere Aufmerksamkeit nicht durch das regere Leben des Sommers abgelenkt.

Die Arbeiter des Bohringer Industriegebietes sind an den unhaltbaren Zuständen aber zum Teil selbst schuld, weil sie gleichgültig, unorganisiert in den Tag hineinleben und ihre eigene Sache nicht zu vertreten verstehen.

Größen wir zuerst einmal die Kesselhüttenarbeiter heraus. Sie müssen noch 12 Stunden arbeiten in einer mit Bleibämpfen geschwängerten Luft, müssen von ihrem lauer verdienten Lohn auch nur für Verzehrung der Aufsicht etwas abgeben.

